

Ich verstehe schon das Ringen um ein neues Verständnis unserer philosophischen Lehre, ich verstehe auch die Ehrlichkeit dieses Betrages, doch, wenn ich eine „alte Idee“ entstaube, bleibt sie nicht weniger alt. Wir müssen mehr denn je die Anstrengungen der Wissenschaft auf uns nehmen, schreibt der Verfasser. Kann diese „Anstrengung“ darin bestehen, den Marxismus-Leninismus zu „entstauben“?

Es geht um viel mehr und über Vieles ist noch nachzudenken. Unsere geistig-kulturelle Krise ist tief. Sie kann eine Chance sein, wenn wir sie vorurteilsfrei analysieren und grundsätzlich erneuern, nicht reparieren. Lieber Genosse Franke, willst Du nicht reparieren, wenn du schreibst: „Mit dem MLG verfolgen wir ja das Ziel, daß die Studenten befähigt werden, sich mittels einer vertieften Kenntnis der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse“ in unserer Zeit zu orientieren und ihren „eigenen

Reaktion auf Entstaubung

Zum Beitrag „Alte Ideen müssen entstaubt werden“ in UZ/42, 1989, Seite 5

Platz im Sozialismus zu finden.“ Wie immer wir dies auch ehrlich gemeint haben, auf diesem Weg haben wir geistig Bürger unserer Universität aus der Teilhabe an der universitären Litteratur ausgeschlossen. Es gibt heute keine demokratische Öffnung und Erneuerung der Universität ohne Verzicht auf das Monopol gesellschafts- und geisteswissenschaftlicher Lehre und Forschung auf der Basis des Marxismus-Leninismus.

Wohl kann und soll sich die studentische Jugend einem Bildungsideal verpflichten, das dem freien Streben der Persönlichkeit für Frieden und sozialen Fortschritt dient, doch dieses kann nicht seinen Grund im Monopol einer einzigen Weltanschauung haben. Was heute bereits Realität ist, die Pluralität weltanschaulicher Überzeugungen, das muß sein Pendant in der Pluralität philosophischer Aussagen und philosophischer Schulen finden.

Damit ich richtig verstanden wurde: Die philosophischen Ideen von Marx, Engels und Lenin sind sicherlich für eine sozialistische Gesellschaft unverzichtbar. Ihr Platz in unserem geistigen Leben hängt aber vollständig von der wissenschaftlichen Sicherheit ihrer Aussagen, von der inneren Konsistenz ihrer Theorie und von der Leistungsfähigkeit ihrer Methoden für die Erwerbung und Verifikation ihrer Aussagen ab. Die von dir beabsichtigt geforderte „Flexibilität“, „Aktualität“ und „Bedürfnisorientiertheit“ der Lehre ist wissenschaftlich davon abhängig, ob ein geeigneter Theorie- und Methodenvorrat erworben wird. Dies erfordert aber, daß – geschicht an suchkundiger Quellensforschung – die von Marx geforderte Kritik des Denkens sich auch auf die marxistische Philosophie selbst richtet: die Prüfung unserer Philosophie an der internationalen Entwicklung des philosophischen und wissenschaftlichen Denkens. Diese Kritik muß tief reichen. Unsere Philosophie hat es jetzt nicht vermocht, eine soziale Wertauffassung zu begründen, die zur Überwindung vom Sinn des Lebens im Sozialismus führt.

Zweifelloso ist es nicht falsch, Ursachen dafür im Stalinismus und in der – auch von uns selbstverschuldeten – Degradation der marxistischen Philosophie zur Magd der Politik zu suchen. Aber liegt die Ursache dafür nicht tiefer? Muß nicht in der Konfrontation mit moderner Philosophie und Wissenschaft sowie mit der Analyse sozialer gesellschaftlicher Entwicklung nach der Gültigkeit der Marx'schen Aussagen über das Wesen des Menschen, der historischen Mission der Arbeiterklasse und der Staatstheorie für unsere Zeit gefragt werden?

Es geht nicht um Reparatur, vielmehr um die kritische Analyse und Neuarbeitung philosophischer Grundlagen. Vor Jahren wurde ich gefragt: Ist marxistisch-leninistische Philosophie in der Lage, sich selbst in Frage zu stellen? Heute muß ich sagen: Ja, es ist notwendig, dies zu lernen, damit Philosophie im Kontext zur Praxis und zum internationalen wissenschaftlichen Leben gelehrt werden kann. Dazu brauchen wir den kooperativen Meinungsaustausch der Philosophen und vor allem mit den Studenten.

K. REIPRICH, Franz-Mehring-Institut für Lesen Sie auch „Ohne Filter“ dieser UZ-Ausgabe.

Deutschlandpolitik aktuell • Deutschlandpolitik aktuell • Deutschland

Der Interdisziplinäre Arbeitskreis Friedensforschung an der KMU (IAKF) führte kürzlich eine zentrale Arbeitstagung durch. Neben Prof. Dr. Wolfgang Kleinwächter, Leiter des IAKF, Prof. Dr. Günther Nitzold, Prof. Dr. Gerhard Brehme, Prof. Dr. Achim Thom und Prof. Dr. Ernst-Heinz Amberg, die sich zu Stand und Perspektiven der Friedensforschung an der KMU äußerten, stellte Prof. Dr. Walter Poeggel vom Institut für internationale Studien Forschungsergebnisse zur Gestaltung einer Vertragsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten vor. In einem Kolloquium sprach Prof. Dr. Theodor Schweisfurth vom Max-Planck-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht in Heidelberg zur deutschen Konföderation.

Prof. Poeggel erläuterte zunächst das Wesen der deutschen Frage, die historisch gesehen stets offen war, bezüglich staatlicher Strukturen und der Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten. Sie war nicht offen hinsichtlich der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen im Sinne einer Wiedervereinigung. Das Wesen der deutschen Frage besitzt eine europäische und eine national-deutsche Komponente. Als europäische Komponente stellt sich die deutsche Frage als Sicherheitsproblem für Europa. Hinsichtlich der europäischen Komponente forderte Prof. Poeggel drei Antworten für Europa im Rahmen der KSZE-Prozesse. Das waren eindeutige Positionen zu den Nachkriegsgrenzen, konkrete Vorstellungen zur Entmilitarisierung auf deutschem Boden und der Verzicht auf ökonomisches Großmachtstreben. Hierzu müsse ein deutsch-deutscher Standpunkt erarbeitet werden, der die legitimen Interessen der vier Mächte berücksichtigt und für Europa Sicherheit garantiert. Hinsichtlich der nationalen Komponente der deutschen Frage betonte er die Einheit der deutschen Nation. Die Deutschen leben in verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen und zwei souveränen Staaten. Ihr Zusammenleben müsse im Interesse von Frieden und Sicherheit neu organisiert werden. Dazu schlug er die Bildung einer Vertragsgemeinschaft mit dem Namen „Deutscher Bund“ vor. Er betonte, daß die von Kohl und Modrow bis März 1990 ins Auge gefaßte „Vertragsgemeinschaft“ nicht diesen Tatbestand erfüllt, sondern sprach von „vertraglichen“ Notmaßnahmen. Diese hätten das Ziel, auf äußerst wichtigen Gebieten Schäden von beiden deutschen Staaten abzuwenden, der sich vor allem aus den offenen Grenzen ergibt. Sie seien dringend notwendige vertragliche Regelungen.

gen, die als erster Schritt die Vertragsgemeinschaft im eigentlichen Sinne vorbereiten.

Die Vertragsgemeinschaft bezeichnete er als völkerrechtlich institutionalisierte Verklammerung, in der durch gemeinsame Organe alle Ebenen der Staatenbeziehungen miteinander verzahnt bzw. geregelt werden. Es gibt aber keine über den Staaten stehende Staatsgewalt. Ein sogenannter Hauptausschuß soll durch Kommissionen alle anstehenden nationalen und internationalen Probleme beraten und gemeinsame Standpunkte dazu bilden. Diese Vorschläge sollen den Regierungen und

föderation die Notwendigkeit voran, schnell greifende Maßnahmen einzuleiten, um die Entwicklungen in beiden deutschen Staaten zu entkräften und um den inneren Frieden zu sichern. Seiner Meinung nach kann die von Prof. Poeggel vorgeschlagene Vertragsgemeinschaft diesbezüglich nicht befriedigen. Obwohl er von grundsätzlich gleichen Ausgangspositionen hinsichtlich des Wesens und der Wirkung der deutschen Frage ausging, kam er zur Notwendigkeit der Bildung einer deutschen Konföderation. Das Wesen dieser Konföderation besteht darin, daß, etwa dem Modell der EG entsprechend, eine über den Teil-

Quo vadis?

Interdisziplinärer Arbeitskreis für Friedensforschung der Karl-Marx-Universität eröffnete neue Vortragsreihe

Parlamenten als „Empfehlungen“ vorgelegt werden.

Konföderative Elemente, die in einem dritten Schritt den Ausbau zur deutschen Konföderation ermöglichen sollen, sieht Prof. Poeggel im Zusammenhang mit einer Friedensregelung. Er schlägt die Bildung von zehn Ausschüssen vor, die für alle wichtigen Fragen einschließend eines Friedensvertrages und solcher Fragen, die bei der Annäherung beider deutscher Staaten gelöst werden müssen, wie zum Beispiel Sicherheits-, Abrüstungs- und Demilitarisierungsfragen; außenpolitische und allgemeine internationale Angelegenheiten; Wirtschafts- und Nahrungsfragen; Verfassung-, Staatsangehörigkeits- und Rechtsfragen sowie Amts- und Rechtshilfe, Grenz- und Zollangelegenheiten sowie Kriminalitätsbekämpfung, Umwelt, Verkehr, Bildung u. a. von Bedeutung sind.

Zur Dialektik von Souveränität und Vereinigung meinte Prof. Poeggel, daß es in jedem Falle, auch über die Vertragsgemeinschaft hinaus, stets übergreifende, also beide deutsche Staaten betreffende, und in Europa verankerte sowie auch im Bereich legitimer Interessen der einzelnen Staaten liegende Entscheidungen getroffen werden müssen. Dies sei kein Widerspruch, sondern stimme auch mit der Entwicklung der KSZE-Prozesse überein.

Prof. Schweisfurth stellte seinem Vorschlag über eine deutsche Kon-

nehmern stehende Staatsgewalt in Form konföderativer Organe gebildet wird.

Diese Organe, von ihm als „Ämter“ bezeichnet, verfügen auf verschiedenen Sachgebieten über Entscheidungskompetenzen. Als konföderatives Organ, das einer parlamentarischen Kontrolle unterliege, verfügt es über den Gesamtbereich der Konföderation also über beide deutsche Staaten, ohne daß die Regierungen beider Länder zwischengeschaltet sind. Diese Organe setzen sich aus Vertretern der Regierungen beider Staaten zusammen. Allerdings sei diese Form nicht für alle Sachgebiete möglich, obwohl Prof. Schweisfurth ihnen auch eine internationale Zuständigkeit zubilligt.

Durch ständige Konsultationen sollen beispielsweise folgende Sachgebiete durch kooperative Organe verwaltet werden: Post, Verkehr, Wirtschaft, Umwelt, Arbeit, Kultur, Gesundheitswesen, Menschenrechte und andere. Im Prinzip sind das all jene Gebiete, die auch Gegenstand der von Prof. Poeggel vorgeschlagenen Kommissionen der Vertragsgemeinschaft sind.

Am Beispiel des Verkehrswesens erläuterte Prof. Schweisfurth die Arbeit und Funktion eines Amtes. Es soll die Kompetenzen des Bundesministeriums für Verkehr und des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR sowie den dazu gehörenden Behördenunterbau erhalten. Die Finanzierung erfolgt durch den Einsatz der beiden Ministerien, die Transitgebühren und anderes. Das Amt regelt die gesamte Verkehrspolitik in beiden deutschen Staaten zentral. Somit entsteht eine völlig neue Instanz, die aus eigenem Recht heraus entscheidet. Die DDR, die in diesem Falle sicher der Hauptnehmer wäre, brauchte sich nicht vom Bundesministerium hineinregieren lassen und würde auch nicht als Bittsteller auftreten. Beide Staaten erhalten ihre Existenz, ohne daß eine Regierung in der Lage sei, in die Belange der anderen hineinzu- greifen. Es regiert das Amt der Konföderation.

Der Konföderation sollte ein Präsidium mit Präsident oder ähnlicher Person vorstehen, das auch über die Fortentwicklung der Konföderation berät. Ähnlich wie bei der Vertragsgemeinschaft ist auch ein Gerichtsorgan für die Streitklärung vorgesehen. Sitz der Konföderation sollten beide Teile Berlins sein. Die Gültigkeit der Vereinbarung sollte erst dann beendet werden, wenn durch das Volk andere Entscheidungen getroffen werden.

Diese beiden Vorträge wurden durch interessante Diskussionen ergänzt. Mit dieser Veranstaltung eröffnete der Interdisziplinäre Arbeitskreis Friedensforschung eine neue Vortragsreihe unter dem Thema: „Das deutsche Problem im europäischen Haus“. Diese soll mit weiteren Vorträgen von prominenten Wissenschaftlern und Politikern des In- und Auslandes in diesem Rahmen fortgesetzt werden. In der UZ werden wir rechtzeitig informieren.

Dr. BERND ARIS, Sekretär des IAKF



Dichtgedrängt saßen die Interessenten im Hörsaal 17 beim 4. Georg-Mayer-Vortrag, den Prof. Dr. Kurt Biedenkopf hielt. Foto: ZFF

Bündnisse müssen den Wandel in Europa sichern

„Stammgäste“ und neue Teilnehmer hörten 4. Georg-Mayer-Vortrag über Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf – angesehener, weil streitbarer christdemokratischer Wissenschaftler und nicht selten parlamentarischer Querdenker aus Bonn – kam zum ersten Vortrag nach der Wende an die KMU. In den zurückliegenden fünf Jahren weilte er bereits mehrfach hier: als Gast und Referent zum traditionellen Leipziger Weltwirtschaftsforum. Diesmal hatte ihn das Zentrum für Internationale Wirtschaftsbeziehungen zum 4. Georg-Mayer-Vortrag eingeladen. Sein Thema: „EG-Binnenmarkt und Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD“.

Trotz vorweihnachtlicher Terminjagd konnte der Ausweichbühnen die Interessenten nicht fassen. Wissenschaftler, Praxisvertreter und Studenten, sowohl viele „Stammgäste“ als auch neue, informationshungrige Gesichter, machte der Betrachter aus. Hoffentlich ist das ein Zeichen dafür, sich in Zukunft engagierter in die Arbeit des Zentrums einzusetzen und nicht nur stiller Informationsmonopolist zu sein.

Im folgenden einige der Hauptgedanken des Referenten. Mit Bezug auf zahlreiche Ereignisse innen- wie außenpolitischer Art im Dezember stand als Ausgangspunkt die Feststellung: Bündnisse müssen in Zukunft den Wandel in Europa sichern. Die deutsche Spaltung ist Teil der europäischen Spaltung; sie zu überwinden war stets Absicht der EG. Die Entwicklung Westeuropas in den zurückliegenden Jahrzehnten baute auf die Einheit von Reformen in Wirtschaft und Politik, offener Wirtschaftsordnung und politischen wie ökonomischen Pluralismus. Diese komplexen Zusammenhänge machen Regelkreissysteme zum Ersatz hierarchischer Planstrukturen erforderlich. Die Frage Plan-Markt könne daher nicht mit Ja oder Nein, sondern nur nach dem Was und Wie, Prioritäten und Tendenzen beantwortet werden.

Mit Blick auf Europa und die deutsch-deutsche Zusammenarbeit folgten Anmerkungen (nicht Rezepte, sondern Denkanstöße) zur Wirtschaftsreform in der DDR. Im Zentrum sollte dabei stehen, wie sich die DDR-Wirtschaft entwickeln muß, um sich erfolgreicher als bisher in die weltweite Arbeitsteilung einschalten zu können. Wichtig dafür sind solche Schritte wie die Überwindung der Mängel einer autarken Wirtschaft und die Herausbildung von Strukturen und Organisationsformen,

die EG-kompatibel sind. Entscheidend seien im Einklang damit die politischen Gestaltungsprinzipien und -freiheiten innerhalb dieses Rahmens (z. B. Eigentumsverhältnisse, optimale Mix zwischen Staat und Markt, Optimum bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung u. a.).

Prof. Biedenkopf plädierte erneut für den Transfer von Wissen und Information. Nicht minder wichtig seien Formen des Kapitaltransfers und des Lastenausgleichs DDR-BRD infolge ungleicher Verteilung der Kriegslastlasten. Sie begründen politisch wie moralisch einen solchen Transfer und könnten nicht als Hilfe deklariert werden. Wie bewertet Prof. Biedenkopf das Potential der DDR in diesem Prozess? Wirtschaftskraft, Infrastruktur, Standort u. a. sind nach seiner Meinung Vorteile, ohne die schwierige derzeitige Wirtschafts-



lage übersehen zu wollen. Gefordert seien eine höhere Mobilität des Arbeitsmarktes, der Übergang von Subventionen des Nachfragers zu Subventionen des Anbieters und die Chance von Kooperation ohne Berührung der Zweistaatlichkeit. Deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen sind im Sinne leistungsfähiger Teile der europäischen Wirtschaft zu begreifen.

Resümee: Zwei anregende Stunden, lang anhaltender Beifall. In solcher Einhelligkeit in bundesdeutschen Landen wohl fast undenkbar. Viele Fakten, Ideen und Vorstellungen, eingebettet in heute mögliche Diskussionen um Konzepte und Lösungen. Nicht unbenachteiligt, doch jederzeit wissenschaftlich nutzbringend. Möge auch der Streit dazu seine baldige Fortsetzung finden.

Dr. GERD GRUHLE



Bei anderen gesehen: Titelblatt des „Spiegel“.

Repro: Müller

Arbeiten von David Hilbert und Erhard Schmidt

Integralgleichungen und Gleichungen mit unendlich vielen Unbekannten

318 Seiten mit 12 Abbildungen, 43 Mark
Band 11 der Reihe „TEUBNER-ARCHIV zur Mathematik“ enthält fotomechanische Nachdrucke der entscheidenden Originalarbeiten über Integralgleichungen und Gleichungen mit unendlich vielen Unbekannten, die D. Hilbert und E.

Schmidt in der Zeit von 1904 bis 1910 publiziert haben.

Das Nachwort von A. Pietsch würdigt diese Leistungen als einen Meilenstein in der Geschichte der linearen Funktionsanalysis.

Einführung in die Radioaktivität

Radioaktivität. Grundlagen – Messung – Anwendung

218 Seiten mit 144 Abbildungen, 42 Mark
Die Nützlichmachung der Radioaktivität umfaßt alle Bereiche der Technik, Naturwissenschaft und Medizin. Es ist also für eine breite

Teubner-Texte zu Nawi-Themen

Gruppe von Studenten und Praktikern der Chemie, Physik, Medizin und Technik erforderlich, sich mit dem Erscheinungen der Radioaktivität auseinandersetzen, ohne auf diesem Gebiet Spezialwissen zu erwerben.

Dem Autor ist hier eine lehrbuchhafte Darstellung gelungen, die in überschaubarer und konzentrierter Form eine Einführung in die physikalischen und chemischen Grund-

lagen der Radioaktivität, ihrer Messung und Anwendung gibt.

Mitbegründer der organischen Chemie

W. Göbel

Friedrich August Kekulé

98 Seiten mit 12 Abbildungen, 4,99 Mark

Seit 1954 verlieht die Chemische Gesellschaft der DDR die August-Kekulé-Medaille für Verdienste auf dem Gebiet der organischen Chemie, aber Kekulé (1829 bis 1896),

einer der Mitbegründer der organischen Chemie, ist heute trotz bedeutender Entdeckungen breiten Kreisen weit weniger bekannt als viele seiner Zeitgenossen.

Durch die Entdeckung der Vierwertigkeit und anderer Eigenschaften des Kohlenstoffs und der Ringformel des Benzols beeinflusste er die rasche Entwicklung der Chemie und der chemischen Industrie in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Folgen seiner Entdeckungen wurden unter anderem in der Pharmazie für alle Menschen wirksam.